

Von der Moral und Macht der freien Märkte

Warum die aktuelle Finanzkrise das Fundament der Sozialen Marktwirtschaft

bedroht – Dem Gegenmodell des Sozialismus fehlt die „ethische Grundierung“

Börsen-Zeitung, 28.10.2008

Folgt der internationalen Finanzkrise nun eine Zeitenwende gegen das marktwirtschaftliche System und die Dominanz des „Kapitalismus“? Werden die politischen Kräfte nachhaltig gestärkt, welche die Marktwirtschaft zumindest in Teilbereichen abschaffen und dem Staat eine stärkere Rolle in der Wirtschaft geben wollen?

Nach den dramatischen Ereignissen der vergangenen Wochen ist man geneigt, diese Fragen mit Ja zu beantworten. Das gilt vor allem mit Blick auf die „alten Industrieländer“, in denen man sich an ein hohes Wohlstandsniveau gewöhnt hat und gerne die Schattenseiten der Marktwirtschaft debattiert. Auf der anderen Seite hat aber ein sehr großer Teil der Weltbevölkerung in den letzten Jahren auch die Segnungen der Marktwirtschaft erlebt und längst noch nicht das Wohlstandsniveau der „alten Industrieländer“ erreicht. Dieser Teil der Welt wird bei einer marktwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie bleiben. Allein durch diese normative Kraft des Faktischen dürften Absatzbewegungen von der Marktwirtschaft begrenzt bleiben.

Nicht nur Erfolgstorys

Aber sei es, wie es ist: Eine Antwort auf die gestellten Fragen ist nicht ganz einfach. Nur eines ist klar: Die Frage nach der Legitimität und der Funktionsfähigkeit marktwirtschaftlicher Steuerungssysteme ist neu gestellt. Und die Befürworter der Marktwirtschaft können sich bei dieser Frage nicht allein auf den Hinweis beschränken, dass die letzten staatlichen Planwirtschaften schon vor 20 Jahren wegen offensichtlicher Erfolglosigkeit den Kollaps erlitten haben.

Am Beginn der Diskussion sollte der Hinweis stehen, dass auch die Marktwirtschaft keinesfalls ein immer ideal funktionierendes problemloses Koordinationssystem ist. Häufig fehlt die „unsichtbare Hand“ eines Adam Smith, die alles zum Guten lenkt. So weist auch die Geschichte der Marktwirtschaft keineswegs nur Erfolgstorys auf, sondern eben auch spektakuläre Marktüberhebungen und Markteinbrüche, wie wir sie zurzeit wieder erleben. Für die Menschen sind diese Zeiten mit herben Verlusten verbunden, mit Sorge um das Ersparte oder den eigenen Job. Und natürlich wird dann die Frage gestellt, ob man dem marktwirtschaftlichen System Ver-

trauen schenken kann.

Globales Bankendebakel

Für solche krisenhaften Entwicklungen muss man nicht bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 oder gar zur berühmten Tulpenkrise 1637 zurückgehen; allein in den letzten 35 Jahren haben wir nicht weniger als acht internationale Krisen erlebt: Die Ölkrisen 1973 und 1979, die Schuldenkrise der Emerging Markets ab 1982, den Börsencrash 1987, die Golfkrise 1990, die Asienkrise 1997/98, die Dotcom Bubble 2000/01 und nun das globale Bankendebakel. Jede dieser Krisen hatte ihre spezifischen Ursachen, Verläufe und Folgen; jede war das Ergebnis des Zusammenspiels vieler kleiner und großer Marktakteure, die – mikroökonomisch betrachtet – alle gute Gründe hatten, so zu handeln, wie sie handelten.

Fest steht aber auch, dass jede dieser Krisen letzten Endes durch ein ebensolches Zusammenspiel vieler Akteure überwunden wurde und auch massive Schocks ohne weitreichende Verwerfungen absorbiert werden konnten. Gerade die letzten 30 Jahre, die nicht nur durch zahlreiche Schocks, sondern auch durch die globale Verbreitung marktwirtschaftlicher Systeme geprägt waren, haben einen beispiellosen Anstieg des Wohlstandes gebracht.

Und diesmal: Soll diesmal alles anders sein? Das wirklich Neue an der Situation seit Sommer 2007 ist das Ausmaß des Vertrauensverlustes, der innerhalb des Finanzsektors und insbesondere am Interbankenmarkt der Industriestaaten stattgefunden hat. Die von den USA ausgegangene Subprime-Katastrophe hat mit voller Wucht ins Nervenzentrum der globalen Marktwirtschaft getroffen. Im bisherigen Verlauf der Krise haben Banken weltweit mehr als 550 Mrd. US-Dollar an Wertberichtigungen oder Abschreibungen vorgenommen. Der Internationale Währungsfonds beziffert die insgesamt denkbaren Verluste auf 1400 Mrd. US-Dollar, was etwa 3 1/2% des jährlichen Bruttoinlandsprodukts der OECD-Staaten entsprechen würde.

Spätestens nach der Lehman-Pleite war die Stabilität des globalen Finanzsystems in Frage gestellt, und es bedurfte massiver staatlicher Rettungsaktionen, um das System vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Aber am Ende wird auch diese Krise überwunden werden – und sie wird neue Regulierungsrahmen und völ-

lig veränderte Marktstrukturen hervorrufen.

Die Aufgabe der Politik ist es, ebendiesen Ordnungsrahmen für die marktwirtschaftlichen Akteure festzulegen und weiterzuentwickeln. Alle Teilnehmer am Wirtschaftsprozess – Unternehmen, Investoren, Konsumenten – handeln in ihrem eigenen Interesse. Das ist auch gut so, denn das Eigeninteresse gepaart mit Handlungsfreiheit sorgt für wirtschaftlichen Fortschritt. Die wirtschaftliche Handlungsfreiheit des Individuums ist ein konstitutives Element unserer Gesellschaft. Sie erfordert staatliche Rechtsetzung und ein hohes Maß an Rechtssicherheit, denn nur wenn sich alle in gleicher Weise auf Regeln und Gesetze berufen können, ist diese Freiheit möglich. Auch im Finanzmarktgeschehen

muss der Staat verbindliche Regeln definieren. Sie betreffen Fragen wie Kapitalhinterlegung, Bilanzierungsregeln, Transparenzpflichten oder Risikosteuerungsvorschriften. Sie sollen verhindern, dass das Eigeninteresse einzelner Akteure zum Schaden anderer gereicht.

Übertreibungen verhindern

Mit der Setzung des Ordnungsrahmens geht daher auch die Aufgabe des Staates einher, auf die Einhaltung der Regeln zu achten und etwaige Verstöße zu sanktionieren. Diese Kontroll- und Sanktionsfunktion des Staates verleiht den Regeln Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit. Aber Marktüberhebungen und -verwerfungen lassen sich auch durch strenge Regeln nicht völlig verhindern. Hinzukommen muss auch die Verpflichtung der Wirtschaft selbst, in ihren Handlungen ethische Prinzipien anzulegen. Der Markt hat durchaus seine Moral. In Milliarden von Markttransaktionen werden die Regeln von beiden Geschäftspartnern in fairer Weise respektiert. Wer das Vertrauen seiner Geschäftspartner verliert, erleidet am Ende selbst einen wirtschaftlichen Nachteil. Das ethische Fundament der Marktwirtschaft ist es also, immer so zu handeln, dass das Vertrauen des anderen gerechtfertigt ist. Wer dieses Prinzip systematisch verletzt, scheidet aus dem Markt aus. Wenn man so will, eine Form des Kategorischen

Imperativs von Kant.

Kreativität und Innovation

Hier liegt ein entscheidender Unterschied zum Sozialismus. Er strebt die Gleichheit in der Gesellschaft an, aber letztlich fehlt eine ethische Grundierung. Der Sozialismus nimmt seinen Ausgangspunkt von einem anderen Menschenbild. Er baut nicht auf Freiheit und gegenseitigem Vertrauen auf. Darum setzt er nicht nur die Regeln, sondern betreibt zugleich auch eine 100-prozentige Kontrolle ihrer Umsetzung. Verletzungen der Regeln sind damit vom System her ausgeschlossen, damit aber auch neue Lösungen außerhalb der bekannten Regeln und Routinen – Kreativität und Innovation verkümmern, das Wirtschaftssystem degeneriert zur Perpetuierung des ewigen Status quo.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wird die Brisanz der gegenwärtigen Krise deutlich. Sie ist im Kern ein massiver Vertrauensverlust der Marktteilnehmer untereinander – und greift damit das Fundament

der Marktwirtschaft an. Dies fordert einen stärkeren regulativen Eingriff des Staates heraus, um genau dieses Fundament zu schützen. Dies sind keineswegs „sozialistische Anwendungen“. Der Eingriff des Staates zielt nicht darauf, wirtschaftliche Handlungsfreiheit durch Staatshandeln zu ersetzen, sondern das Vertrauen wiederherzustellen, das für die Marktprozesse nötig ist. Dabei spielt es keine Rolle, ob dieser Vertrauensverlust nun seine Ursache in zügelloser Gier und Betrug – im bewussten Verletzen der ethischen Grundsätze – oder in der Arglosigkeit der Marktteilnehmer als moderne Spekulanten hat.

Während die Grundsätze der Handlungsfreiheit und des Privateigentums für eine Marktwirtschaft konstitutiv sind, gibt es in der Ausprägung des staatlichen Ordnungsrahmens sehr große Unterschiede. Das amerikanische Modell, das der diesjährige Nobelpreisträger Paul Krugman einmal als „permissive capitalism“ bezeichnet hat, steht den stärker regulierten europäischen Modellen größerer Einkommensgleich-

heit und mehr sozialer Absicherung durch den Staat gegenüber. Während sich in den letzten Jahren doch viele Länder hin zu dem gewinnmaximierenden, in starkem Maße durch die Kapitalmärkte (Shareholder Value) geprägten Modell entwickelt haben, dürfte zukünftig eher der stärkere Interessenausgleich der Sozialen Marktwirtschaft im Vordergrund stehen.

Die Finanzmarktkrise wird in mancher Hinsicht eine Zäsur sein. Auch in den USA werden die großen Divergenzen in der Einkommensentwicklung, maßlose Abfindungszahlungen oder kurzfristig unter dem Druck der Kapitalmärkte immer höher geschraubte Gewinnziele der Unternehmen kritisch gesehen. Es ist zwar nicht mit einer weitgehenden Konvergenz der marktwirtschaftlichen Systeme zu rechnen, aber im Vergleich könnte das europäische Modell recht gut abschneiden.

Michael Heise

**Chefvolkswirt Allianz/
Dresdner Bank**